

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlich: Die verantwortliche Redaktion für den Anzeiger des Erzgebirges, am Sitz der Redaktion in Auer, am 24. Dezember 1929.

Telegramme: Auer Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 293

Mittwoch, den 18. Dezember 1929

24. Jahrgang

### Die Zollvorlage vor dem Reichstag

Im deutschen Reichstag begann am Montag um 18 Uhr die erste Beratung der Zolltarifnovelle. Sie hat bereits den Reichswirtschaftsrat und den Reichsrat passiert und ist jetzt vom Reichstag parlamentarisch zu verabschieden. Die Zeit drängt, da das Zolltarifgesetz mit Jahresende abläuft und gleichzeitig Verhandlungen mit Frankreich, der Schweiz, Schweden und Finnland geführt werden müssen.

Die Novelle wurde vom Reichsfinanzminister Dr. Hilferding begründet. Infolge der starken Rückgänge derolleinnahmen hat er an der Vorlage ein besonderes Interesse. Noch größer schien freilich das Interesse des Reichstages an den Ausführungen Dr. Hilferdings, denn alle Parlamentarier waren begeistert von ihm, der in den letzten Jahren die besten Reden gegen den Protektionismus gehalten hat, jetzt die Begründung für eine Reihe von Zollherabsetzungen zu hören. Es ist etwas anderes, im hohen Hause Sprecher der Opposition zu sein und wieder etwas anderes an verantwortlicher Stelle dringliche Regierungsmassnahmen vertreten zu müssen, die schmerzhaft gegen das parteipolitische Programm verstoßen. Dr. Hilferding entlegte sich seiner Aufgabe mit viel Geschick und manchem neuen Gedanken. Er sah die beste Lösung der Frage, sowohl der Produktion wie auch den Verbrauchern gerecht zu werden, in dem System der gleitenden Zölle. Der Reichstag spendete ihm dafür freilich keinen Beifall, er sah allerdings auch von Mißfallensäußerungen ab. Er staunte.

Niemand wunderte sich dagegen über die folgende Kanonade des Kommunisten Hörnie. Außer diesem Moskowitzer fand kein Parlamentarier ein Bedürfnis, sich zur Zollvorlage zu äußern. Sie wanderte dann auch sogleich in den handelspolitischen Ausschuss. Nach rascher Erledigung kleinerer Vorlagen war die Sitzung schon kurz vor drei Uhr zu Ende. Die Dienstag-Sitzung verspricht viel lebhafter zu werden, denn schon die Novelle zum Währungsgesetz, die eine Verschärfung der Geschäftsordnung des Reichstages vorsieht, birgt viel Bündstoff in sich. Auch das Ministerpensionsgesetz dürfte zu beachtlichen Auseinandersetzungen und Feststellungen führen. Unmittelbar nach der Vollziehung des Reichstages trat der handelspolitische Ausschuss zur Beratung der Zollnovelle zusammen. Er will seine Arbeiten so beschleunigen, daß die zweite Lesung der Zollvorlage schon am Mittwoch, spätestens Donnerstag, erfolgen kann.

### England konnte den Weltkrieg verhüten

Ein englischer General über den Kriegsausbruch

General Sir Jan Hamilton sagte in einer Rede bei der Enthüllung eines Denkmals für die Gefallenen: Die englischen Staatsmänner hätten den Krieg mit einem Worte verhindern können; aber sie waren durch die seit acht Jahren geführten geheim gehaltenen militärischen und maritimen Besprechungen in verhängnisvoller Weise behindert und gebunden. Diese Besprechungen wurden von einer kleinen Gruppe von Personen dazu benutzt, um der Regierung die Hände zu binden und sie daran zu verhindern, im letzten Augenblick zu erklären: „Wer zuerst mobil macht, muß darauf gefaßt sein, mit uns zu tun zu bekommen.“ Im letzten Augenblick versuchte unser Staatssekretär des Neukern, diesen Krampf auszuspielen; aber es gelang ihm nicht, weil die alliierten Mächte wußten, daß wir durch die militärischen Besprechungen ehrenhalber verpflichtet waren, an ihrer Seite zu kämpfen.

### Gegen wen?

Die französische Vorlage über die Verteidigung der Grenze

Die französische Regierung hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, der Kredite in Höhe von 200 Millionen Francs für die Verteidigung der französischen Grenze und von 400 Millionen Francs für die Verteidigung durch die Luftwaffe fordert, die der Kriegsminister in den Haushaltsjahren 1930/34 zu benutzen ermächtigt werden soll. In der Begründung wird erklärt, um das Land vor einem eventuellen Einfall zu schützen, sei es unerlässlich, Verteidigungsanlagen zu errichten und für Waffen und Munition zu sorgen, damit gittermäßig beschränkte Truppen das Vordringen einer feindlichen Truppe aufhalten können. Die Regierung beantragt daher, daß zusätzlich der bereits bewilligte Kredit ein weiterer Kredit in Höhe von 1 Milliarde Francs aus dem allgemeinen Budget für 1929 für Personalausgaben bewilligt wird, und zwar für Artillerie 800 Millionen, für Panzertruppen 750 Millionen.

### Der Kampf um das Sofortprogramm

Privates Zigarettenmonopol oder Staatsmonopol — Dr. Schachts Steuerwünsche

Das Vertrauensvotum, das die Reichsregierung am letzten Sonnabend erhielt, bewahrte uns vor einer Weihnachtskrise. Reichstag und Reichskabinett haben damit jedoch ihre Aufgabe noch nicht gelöst. Es gilt jetzt noch vor Weihnachten das Sofortprogramm der Reichsregierung parlamentarisch zu verabschieden und Wege zu finden, um über die Ultimofrist hinauszuweichen. Reichskanzler Müller ist bereits am Montag morgen von dem Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg empfangen worden, Dr. Schacht, unser Reichsbankpräsident, folgte ihm auf dem Fuße nach.

Am Montag nachmittag begannen im Reichsfinanzministerium die schwierigen Verhandlungen der Koalitionsparteien mit dem Reichsfinanzminister über die Erhöhung der Tabaksteuer. Besonders heftig umstritten ist die geplante Einführung eines Zigarettenkontingents für die inländische Zigarettenindustrie. Räumt man es zur Kontingentierung, dann würden dadurch die heutigen Nachverhältnisse in der Zigarettenindustrie stabilisiert. Das besagt nicht mehr und nicht minder, als daß der Konzern Reemtsma-Neuerburg vom Reiche ein konzessioniertes Privatmonopol erhielt. Wie sich aus den Protestäußerungen der letzten Tage ergibt, befürchten zahlreiche Händlerverbände eine Tyranisierung des Kleinhandels durch die kommenden Privatmonopole und schon wächst die Bewegung, die darauf hinzielt, ein staatliches Tabakmonopol — als das geringere Übel — zu schaffen. Wie wichtig die Schaffung eines staatlichen Monopols ist, schreibt das „Berliner Tageblatt“ am Montagabend, mit dem das Reich sich ohne Preiserhöhungen Mehreinnahmen von über einer halben Milliarde Mark im Jahr schaffen kann, geht daraus hervor, daß nach den Vorlesungen des Reichskanzlers die Höhe der unforskierten Staatsschuld das Tempo der Finanzreform hemmt. Auf keine andere Weise aber könnte die Konsolidierung der schwebenden Schulden ohne die Bindung von Steuergeldern ermöglicht werden, als durch die Aufnahme einer Anleihe auf ein staatliches Tabakmonopol. Würde man die schwebende Schuld auf diese Weise konsolidieren, so wären die Mehreinnahmen des Reiches aus der verstärkten Veranschlagung des Tabaks und des Bieres sowie der privaten Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zum Abbau der am meisten brüden Produktionssteuern verwendet werden können.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht wiederholte in den letzten Stunden seine Wünsche, daß mit dem Sofortprogramm noch vor Weihnachten auch die Biersteuer erhöht wird. Darüber herrschte in den verantwortlichen Kreisen nicht die Bestätigung, die man mancherorts wünschte. Die Bayerische Volkspartei ist jetzt für eine Erhöhung der Biersteuer nicht zu haben und die Sozialdemokratie scheidet nicht die geringste Neigung, die so schwer erzielten Vereinbarungen dadurch zu gefährden, daß man die ohnehin in der Bierfrage sehr empfindlichen Bayern noch mehr verärgert. Es wird also in dieser Hinsicht bei den Wünschen des Reichsbankpräsidenten bleiben.

Dagegen haben die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Formulierung des Gesetzesentwurfs, der eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3 Prozent auf 3 1/2 Prozent vorsieht, bereits begonnen. Schon aber ist wieder ein Streitfall da. Der Reichsarbeitsminister wünscht, daß die Vorlage am 1. Januar 1930 in Kraft tritt und bis zum 31. März 1931 die Beitragserhöhung gewährleistet. Demgegenüber tritt die Deutsche Volkspartei dafür ein, daß die Beitragserhöhung nur bis zum 31. März 1930 in Kraft bleibt. Zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten trat am Montagabend das Kabinett zu einer Sitzung zusammen. Die Stellung der volksparteilichen Minister ist durch die bekannte Abstimmung der deutsch-volksparteilichen Reichstagsfraktion am Sonnabend nicht gestärkt worden, da bekanntlich 14 Volksparteiler gegen die eigene Regierung stimmten und 3 Mitglieder der Fraktion sich ihrer Stimme enthielten.

### Einigung über das Sofortprogramm

Die Regierungsparteien haben sich, wie das Nachrichtenbureau des VDD, erfährt, nunmehr auch über den zweiten Teil des Sofortprogramms, die Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung, geeinigt. In der Frage der Befristung kam ein Kompromiß zustande, daß der erhöhte Beitrag bis zum 30. Juni 1930 gelten soll. Der Initiativantrag der Regierungsparteien ist dem Reichstag zugeleitet worden.

### Schachts Steuerwünsche

Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Einige Unruhe herrschte gestern im Reichstag darüber, daß Reichsbankpräsident Dr. Schacht gewisse Wünsche wiederholt hat, die eine Erledigung der Biersteuererhöhung noch vor Weihnachten betreffen. Diese Wünsche dürften allerdings platonisch bleiben, weil nicht nur die Parteien — neben der Bayerischen Volkspartei u. a. auch die Sozialdemokraten — sondern auch die Regierung keine Neigung zeigen, das Kompromiß zu gefährden.

### Schacht bei Hindenburg

Ueber einen Besuch des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht bei dem Reichspräsidenten berichtet das „Berliner Tageblatt“: Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern nachmittag den Präsidenten der Reichsbank, Dr. Schacht, um auf ihn in der Frage der Ueberbrückungsanleihe in vermittelndem Sinne einzuwirken. Nach Beendigung der Unterredung begab sich Dr. Schacht zum Reichskanzler. In Kreisen der Reichsregierung ist man der Ansicht, daß der Ueberbrückungskredit als gesichert gelten kann.

### Das Weihnachtsfest wird in der Sowjetunion abgeschafft!

In Moskau, Leningrad und vielen anderen Städten hat eine Antioberbrückungsaktion eingesetzt. In Betrieben und Clubs werden zahlreiche antireligiöse Vorträge gehalten. Die Beschäftigten der jeweiligen Betriebe, welche die ununterbrochene fünfjährige Arbeitswoche noch nicht eingeführt haben, beschloßen, am 25. Dezember ihrer Arbeit nachzugehen und ihren gesamten Tageslohn an den Industriearbeiterfonds abzugeben. Dem Wunsch der Arbeiterchaft entsprechend hat der Zentralrat der Sowjetgewerkschaften den Beschluß gefaßt, daß am 25. Dezember gearbeitet werden solle. Der Arbeiterverband entwickelt eine rege Tätigkeit. Auf seine Bitte veranstalteten Theater, Clubs und Kinos in den Weihnachtstagen antireligiöse Aufführungen. Das Präsidium des Moskauer Sowjets hat das Füllen und die Zufuhr von Tannenbäumen verboten und die Ladenbesitzer aufgefordert, von dem Verkauf von Baumzweigen abzusehen.

### Die Sklarets haben zuviel Steuern bezahlt

Das Steuerstrafverfahren, das gegen die drei Brüder Sklarek und einen Finanzbeamten eingeleitet worden war, hat eine überraschende Wendung erhalten. Die Nachprüfung der Bücher durch die Sachverständigen hat, einer Korrespondenz zufolge, ergeben, daß die Sklarets nicht zu wenig, sondern im Gegenteil 25 000 RM zuviel an Steuern gezahlt haben. Dieser Betrag wird jetzt seitens des Kontrollverwalters von der Finanzkasse zurückverlangt werden.

### 24 Rotfrontkämpfer verhaftet

Die Antifaschistenorganisation (Afo), eine Erfahrungsorganisation des Rotfrontkämpferbundes, hatte, nach Wittermeldungen aus Wanne-Eikel, am Sonntag ihre Führer aus den Ruhrbezirken zu einer Geheimbesprechung nach Wanne-Eikel zusammengezogen, um Streit- und Kampfpläne zu besprechen. Kurz nach Beginn der Versammlung wurde sie von der Polizei, die inzwischen verständigt war, aufgehoben. 24 Teilnehmer, in der Mehrzahl Führer des verbotenen Rotfrontkämpferbundes, darunter der gebirgische Führer des Bundes im Ruhrgebiet, Jakob Göbel aus Dortmund, wurden verhaftet.

### Anwachsen des amerikanischen Nationaleinkommens

Einer Berechnung des Nationalbureaus für Wirtschaftsforschung zufolge ist das Nationaleinkommen in den vergangenen zehn Jahren um 23,470 Milliarden und in den letzten zwanzig Jahren um 80 Milliarden gestiegen. Das Durchschnittseinkommen des Arbeiters lag 1909 bei 976 Dollar im Jahre 1929 auf 1205 Dollar im Jahre 1928.

### Filmverbot für das besetzte Gebiet

Der Film „Der Reichsparteitag 1929 der Nationalsozialisten in Nürnberg“ ist von der Interalliierten Rheinlandkommission für das besetzte Gebiet verboten worden.

### „Hoker“-Revolte in Gotha

Als die zur Auffüllung des Gothaer Stadtfeldes eingeführte Hokersteuer um 1/21 Uhr in der letzten Nacht zum ersten Mal erhoben werden sollte, kam es nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ aus Gotha zu einer förmlichen Aufruhr. Aus Protest schlossen um diese Zeit sämtliche Lokale ihre Pforten, und wie auf ein Alarmzeichen sammelten sich die dadurch zwangsläufig an die Kasse Luft besesserten Gäste in den Straßen. Rärmel und Singend zog man nach der Wohnung des Oberbürgermeisters, die aber schleunigst durch Herbeiziehung der Polizei geschützt wurde. Die Polizei drängte die Menge in die Anlagen am Marktplatz. Hier versuchte nun der Oberbürgermeister Dr. Scheffler von einem Gartenzaun herab den aufgeregten Geistern die Berechtigung der Hokersteuerordnung klar zu machen. Öffentliche Geschlächer und Pfeifen waren die Antwort. Die Polizei schritt nun zu vielen Verhaftungen. Die Stadtverwaltung hat sofort dem Stadtrat in Folge des allgemeinen Widerstandes gegen die Hokersteuer die vorläufige Außerkraftsetzung der Verordnung anheimgegeben.

### Fünf Arbeiter in einem Radelbergwerk verhaftet

In der Grube der Internationalen Radel-Bergbau-Gesellschaft in Subburg (Ostthür) brach ein Brand aus, dem fünf Bergarbeiter zum Opfer fielen.